

Nr. 22.

Sitzung vom 13. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr.

Anwesend sind die Mitglieder Vorsitzender Becker, Staerke, Drafé, Prof. Dr. Neumann-Hofer, Ziegenbein, Pieper, Flohr, Kolscher, Biesemeier, Musketiere Wagner, Schmitt, Dahlhof, Rosenberg.

Eingegangen sind verschiedene Drucksachen des Zentralrats der Marine. Sie werden zur Kenntnismahme auf dem Verhandlungstische niedergelegt.

Ein Schreiben der Fürstlich Schaumburg-Lippischen Hofkammer zu Bückeburg betrifft die Frage der Verwaltung des Blomberger Paragiums. Es wird dem Domanialausschuß überwiesen, der mit der Bückeburger Hofkammer über eine demnächst abzuhaltende Besprechung verhandeln wird.

Otto Meerkötter in Horn beschwert sich über die Ablehnung einer Kriegsunterstützung. Die Beschwerde wird dem Mitgliede Pieper zur Prüfung überwiesen.

Dem Ersuchen der Rentkammer, auch vom Soldatenrat auf die sofortige Entlassung des Kammerrats Pothhoff vom Militärdienst hinzuwirken, soll entsprochen werden.

Ein Schreiben aus Blotho mit unleserlicher Unterschrift wegen der Uebertragung von Ortsvertretergeschäften auf Kriegsbeschädigte wird durch die früheren Verhandlungen für erledigt erklärt.

Etwa 50 Bürger von Barntrup ersuchen, den Vertrag zwischen der Rentkammer und der Stadt Barntrup über die Abgabe von Pachtland bestehen zu lassen. Es wird beschlossen, bei der Rentkammer wegen der Sachlage anzufragen.

W. Kuhlmann in Lemgo, Echternstraße 67, ersucht um Auskunft über die Verpflichtungen der Arbeitgeber gegenüber ihren früheren Angestellten. Der Schriftführer wird ermächtigt, ihm entsprechende Nachricht zukommen zu lassen.

G. Bornemann in Detmold bietet gute Hanffstriche zum Aufknüpfen von Liebknecht, Rosa Luxemburg und Genossen an. Der Volks- und Soldatenrat ist außerstande, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

Das Mecklenburgische Staatsministerium in Strelitz übersendet einen Abdruck der Bekanntmachungen über die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung in Mecklenburg-Strelitz.

Die vorläufige Badische Volksregierung teilt mit, wie die staatsrechtlichen Verhältnisse in Baden zurzeit gestaltet sind.

Der Bericht des Kriegswirtschaftsverbandes Lippischer Landwirte in Hovebissen zu der Beschwerde von H. Lange in Meierberg bei Börsingfeld wird zur Kenntnis genommen.

Oberlehrer Hans Grunewald in Bad Salzuflen ersucht den Volks- und Soldatenrat, zu veranlassen, daß er in die Wählerlisten zum Landtag und zu den Gemeindewahlen aufgenommen werde. Es soll ihm geantwortet werden, daß Wahlgesetz und Ausführungsbestimmungen ihm die Möglichkeit geben, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Ein ausführliches Schreiben der Lippischen Wirtschaftsgemeinschaft über die erfolgte Feststellung der Lebensmittelvorräte des Rentners W. v. Simpson in Friedrichshöhe wird zur Kenntnis genommen. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß die zunächst veröffentlichten Zahlen über die beschlagnahmten Waren von denen abweichen, die tatsächlich festgestellt worden sind. Im Anschluß daran wird dargelegt, daß derartige, ohne Wissen der zuständigen Stellen vorgenommene Hausdurchsuchungen und die öffentliche Behandlung der Angelegenheit, weite Bevölkerungskreise beunruhigten und mehr schaden als nützen. Wenn es nötig sein sollte, werde die Lippische Wirtschaftsgemeinschaft aus sich heraus die allgemeine Feststellung und Heranziehung der in den Privathaushaltungen vorhandenen Lebensmittel anordnen. Die Lippische Wirtschaftsgemeinschaft wendet sich schließlich gegen das eigenmächtige Eingreifen des Salzufler Soldatenrats in die Arbeiten zur Herstellung eines Kühlhauses. — In der Aussprache wird hervorgehoben, daß die Vertreter des Soldatenrats bereits veranlaßt worden seien, Hausdurchsuchungen und Revisionen hinfür nur im Einverständnis mit der Lippischen Wirtschaftsgemeinschaft vorzunehmen.

Zu dem Schreiben von Theodor Königheim in Blomberg über seine geschäftliche Verbindung mit der Lippischen Wirtschaftsgemeinschaft sind Mitteilungen des Verwaltungsamts Blomberg und der Lippischen Wirtschaftsgemeinschaft eingegangen. Der Volks- und Soldatenrat sieht sich hiernach nicht in der Lage, weiter auf die Wünsche des Herrn Königheim einzugehen.

Das Mitglied Prof. Dr. Neumann-Hofer war beauftragt worden, die Frage des Erlasses einer besonderen Lippischen Amnestie auf Grund der Eingabe der Rechtsanwälte Sonntag und Dr. Hirschfeld in Detmold von neuem zu prüfen. Der Volks- und Soldatenrat hält es nach diesem Bericht nun doch für zweckmäßig, daß über die Reichsbestimmungen in gewissen Punkten hinaus gegangen werde, und er beschließt demgemäß:

1. Unbeschadet der Bestimmungen der vom Reiche verfügten Amnestie ist in allen bei den lippischen Staatsanwaltschaften und Gerichten anhängigen Strafsachen, betr. die vor dem 9. November d. J. begangenen Straftaten, in denen ein rechtskräftiges Urteil noch nicht ergangen ist, das Verfahren einzustellen, wenn voraussichtlich auf eine nicht höhere Strafe als auf einen Monat Freiheitsstrafe oder 300 Mark Geldstrafe erkannt werden würde.

Für strafbare Handlungen gleicher Art, wegen deren eine Untersuchung noch nicht eingeleitet ist, wird Straffreiheit gewährt. Ob eine Untersuchung durch diese Verordnung niedergeschlagen ist, muß in jeder Lage des Verfahrens von Amtswegen geprüft werden. Der Beschuldigte ist vor einer ihm ungünstigen Entscheidung zu hören.

2. Der Vorsitzende der Strafkammer und der Erste Staatsanwalt werden ersucht, sich darüber zu äußern, ob und welchen von den in der Strafanstalt zurzeit untergebrachten Strafgefangenen, die von dem Straferlaß unter Nr. 1 nicht betroffen werden, die Strafe zu erlassen ist. Sie sind gleichzeitig zu ersuchen, dem Volks- und Soldatenrat eine Liste der in der Strafanstalt untergebrachten Gefangenen zu überreichen unter Angabe der von den einzelnen Personen verübten Straftaten, der erkannten Strafmaße und der Gründe, die zu der Verurteilung geführt haben.
3. Die oberste Justizverwaltungsbehörde ist zu ersuchen, dem Volks- und Soldatenrat unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten für eine Amnestierung der in außerlippischen Strafanstalten (auch Zuchthäusern) untergebrachten und von lippischen Gerichten verurteilten lippischen Staatsangehörigen.

Ein Schreiben des Demobilisierungskommissars in der Beschwerdesache des Arbeiters Dief in Horn wird zur Kenntnis genommen. Die Beschwerde gilt damit als erledigt.

Ein ferneres Schreiben des Demobilisierungskommissars betrifft die Arbeit auf den Ziegeleien des Landes und die Beschaffung von Baustoffen. Ein Beschluß wird nicht gefaßt.

Der Demobilisierungskommissar berichtet ferner über den weiteren Ausbau seiner Organisation.

Auf das unter Rückgabe der bezüglichen Eingabe des Gewerkschaftsartells Detmold eingegangene Schreiben des Demobilisierungskommissars über die Wohnhauskolonie der Staatswerkstätten wird beschlossen, die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen von neuem zu besprechen und den Magistrat zu

ersuchen, bis dahin mitzuteilen, wie weit die eigenen Pläne für die Errichtung von Wohnhausbauten gediehen sind.

Das Mitglied **Staercke** berichtet sodann über die Verhandlungen der Kommission für Angelegenheiten des **Arbeitsamts**. Man habe es für sehr erwünscht gehalten, daß **Baurat Kellner** in einer Sitzung des Volks- und Soldatenrats über den Stand der allgemeinen Arbeiten Auskunft gebe, insbesondere auch über die Lohnverhältnisse und darüber, welche Pläne in nächster Zeit verwirklicht werden sollen. **Baurat Kellner** berichtet darauf eingehend über den Fortgang seiner Arbeiten. Zurzeit seien verhältnismäßig wenig Arbeitslose im Lande; wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln würden, lasse sich vorläufig nicht sagen, aber er bemühe sich nach besten Kräften, die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszugleichen und so eine gedeihliche Zusammenarbeit zu erreichen. Die Richtlinien, denen er bei seiner Arbeit folge, seien von ihm bei Beginn seiner Tätigkeit dem Volks- und Soldatenrat gegenüber bezeichnet worden. Der Volks- und Soldatenrat habe zugestimmt, und es komme nun darauf an, auf diesen vorbezeichneten Wegen im Einvernehmen mit dem Volks- und Soldatenrat und dem Beirat des Arbeitsamts zu wirken. Die Hauptforge sei zunächst die Materialbeschaffung.

In der Besprechung wird hervorgehoben, daß der Beirat eine verstärkte Heranziehung wünsche. **Baurat Kellner** stellt fest, daß ihm aus den Kreisen der Mitglieder des Beirats bisher keine praktisch verwertbaren Anregungen gegeben worden seien. Er werde aber gleichwohl den Beirat zur Mitwirkung bei allen wichtigen Fragen berufen. Nur als Beauftragter des Beirats zu handeln, müsse er ablehnen. Den Abschluß von Tarifverträgen werde er nach Kräften zu fördern suchen.

Schluß der Sitzung.

Nächste Sitzung am 17. Dezember, vormittags 9 Uhr.

D r a f t.